

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

seit den 1960er Jahren gilt der zuweilen gefeierte Linksintellektuelle Noam Chomsky (emeritierter Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology) als heftiger Kritiker der jeweiligen US-Regierung und letztlich auch der Medien:

„Die Massenmedien im eigentlichen Sinn haben im wesentlichen die Funktion, die Leute von Wichtigerem fernzuhalten. Sollen die Leute sich mit etwas Anderem beschäftigen, Hauptsache, sie stören uns nicht – wobei ‚uns‘ die Leute sind, die das Heft in der Hand halten. Wenn Sie sich zum Beispiel für den Profisport interessieren oder die Probleme der Prominenten, dann ist das ganz in Ordnung. Es ist egal, wofür die Leute sich interessieren, solange es nichts Wichtiges ist“, erklärte Chomsky die Vorgehensweise der von ihm als „Systemmedien“ bezeichneten Stimmen, bei der bestimmte Ereignisse (z.B. die Massenzuwanderung mit allen daraus möglicherweise erwachsenden Folgen) nach Kräften verschwiegen und diejenigen, die sich nicht daran halten mögen, schnell in die „Extremisten-ecke“ gestellt werden.

Dazu noch einmal Chomsky wörtlich: „Der schlaueste Weg, Menschen passiv und gehorsam zu halten, ist das Spektrum an akzeptabler Meinung streng zu beschränken, aber eine sehr lebhafte Debatte innerhalb dieses Spektrums zu ermöglichen. Dies gibt den Menschen ein Gefühl, daß es ein freies Denken gibt, während die Voraussetzungen des Systems durch die Grenzen der Diskussion gestärkt werden.“

Dieser Analyse eines – dies sei nochmals betont – Linksintellektuellen bleibt nichts hinzuzufügen. (tb)

2 **Syrien und Iran verstärken Militärkooperation**

Im Nachgang des Treffens des iranischen Verteidigungsministers Amir Hatami mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und dessen Verteidigungschef wurde ein Abkommen zur Intensivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten geschlossen. Das Abkommen hat insofern Brisanz, weil die USA den Abzug sämtlicher iranischer Soldaten und „Berater“ aus Syrien verlangten. Dies war zugleich die Kernforderung Israels, das eine Freigabe der syrischen Golanhöhen, Forderungen auf das in den Golanhöhen durch die zu Rothschild gehörende „Genie Oil“ geförderte Öl sowie eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit in Syrien durch iranische Unterstützung fürchtet.

Ebenso wehrt sich Washington dagegen, daß die syrische Regierung oder der Iran die Kontrolle über die vom IS (Islamischer Staat) befreiten Gebiete zurückerlangt. Dabei geht es unter anderem auch um die Aufrechterhaltung der in Nachbarschaft zu den Terroristencamps aufgebauten, etwa 20 amerikanischen Militärbasen, von denen aus nordöstlich des Euphrat gelegene Ölfelder dauerhaft abgesichert werden sollen. Weil dieses Gebiet an die Türkei und fast an den Iran grenzt, fürchten die USA, dort in einen langfristigen Guerillakrieg zwischen ihren letztlich illegal errichteten Militärbasen und den dann offiziellen Verwaltungen zu geraten. Insofern ist nicht auszuschließen, daß die USA unter irgendeinem selbst erzeugten Vorwand, wie z.B. einem Chemiewaffenangriff durch eigene Söldner unter falscher Flagge, noch einmal in das Kriegsgeschehen in Syrien offiziell eingreifen, um dieses zugunsten des islamischen Staates zu wenden. (eh)

3 **Grenoble wird von Kriminellen beherrscht**

Es klingt wie eine Kapitulation, wenn die Stadträtin von Grenoble, Mireille d'Ornano, zugibt, daß in ihrer Stadt „die Kriminellen das Gesetz sind“. Es ist zugleich Sinnbild für das französische Chaos, einer gescheiterten Gesellschaftspolitik der vergangenen 70 Jahre und die Schwäche einer korrupten und zum eigenen monetären Vorteil die Staatskassen ausplündernden Politikerkaste, die Frankreich zum eigenen Vorteil mißbraucht.

Der von Rothschild gewissermaßen „entsandte“ französische Präsident Emmanuel Macron, der per Notstandsverordnung wie ein Diktator regiert (seit Hollande regieren alle französischen Präsidenten per Notstandsregierung), kommt mit den Folgen der französischen Multi-Kulti-Gesellschaftspolitik nicht mehr zurande. Der französische Rechtsstaat zerfällt zusehends – genauso wie dessen Wirtschaft und Gesellschaft.

Frankreich dürfte damit das leichteste europäische „Opfer“ für die Millionen bereitstehender Migranten aus muslimischen Ländern sein, die von einzelnen Imamen ganz offen zur Eroberung Europas aufgerufen wurden. Wenn kriminelle Gangs in Grenoble mit Kriegswaffen bewaffnet besser gerüstet sind als die örtliche Polizei, dann versagt der dies zulassende Staat und eine Furcht vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen wie in Syrien oder Somalia kommt auf. Es ist wohl nicht zuletzt den deutschen Transferleistungen durch billige Kredite (z.B. in Form der Target2-Salden) zu verdanken, daß die Illusion einer französischen „Grande Nation“ und eine Verlängerung des Machterhalts der französischen Elite zunächst noch Bestand haben können. Doch es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis dieses Kartenhaus in sich zusammenbricht. (eh)

4 „Nebelkerzen aus Amerika“

In einer „Nebelkerzen aus Amerika“ überschriebenen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wird darauf hingewiesen, daß die angeblich großen Handelsüberschüsse, die Europa und insbesondere Deutschland gegenüber den USA ausweisen (und die zu bekämpfen sich US-Präsident Donald Trump auf die Fahnen geschrieben hat), möglicherweise deutlich geringer sind als immer wieder vermeldet wird. Man blendet dabei laut der Analyse nämlich gerne aus, daß die USA im Dienstleistungsverkehr mit Europa dank „Google & Co.“ regelmäßig erhebliche Überschüsse erzielen. Einem im Jahr 2017 auf EU-Ebene von Europa erzielten Überschuß im reinen Warenverkehr von rund 150 Mrd. US-Dollar standen danach u.a. stattliche US-Überschüsse in der sogenannten „Dienstleistungsbilanz“ (etwa 50 Mrd. Dollar) gegenüber.

Und bei den sogenannten „Primäreinkommen“ (das sind u.a. Erträge aus Investitionen im jeweils anderen Land oder dort erzielte Arbeitseinkommen) konnten die USA im gleichen Zeitraum einen Überschuß von mehr als 100 Mrd. Dollar realisieren. Alles in allem konnten die USA im vergangenen Jahr – wie im übrigen in allen Jahren seit 2009 – in ihren Wirtschaftsbeziehungen mit Europa somit einen „Überschuß“ erzielen.

Vollkommen anders sieht es dagegen im Verhältnis USA-China aus, wo man in Washington Jahr für Jahr Defizite von mehr als 300 Mrd. Dollar verkraften muß. Dies ist in erster Linie tatsächlich eine Folge der Funktion Chinas als „verlängerter Werkbank“ der USA. Ohne die spottbillig in China hergestellten Konsumartikel bliebe in den USA längst manches Ladenregal leer. Und ein Lieferantenwechsel wäre kurzfristig gar nicht mehr realisierbar, weil das für die Produktion erforderliche Spezialwissen längst in China verwurzelt ist. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb Washington die aktuellen „Handelskriege“ mit China weitaus „verbissener“ zu führen scheint als mit Europa. (tb)

5 Credit Suisse friert milliardenhohe russische Vermögen ein

Die schweizerische Credit Suisse hat ca. 5 Mrd. Schweizer Franken von russischen Eigentümern eingefroren. Angeblich wollte sie sich damit vor möglichen zukünftigen Sanktionen der USA schützen. Neben der Furcht vor US-Strafmaßnahmen könnte aber auch die geplante Umwandlung dieser russischen Vermögen in physisches Gold eine Rolle spielen. (eh)

6 Liechtenstein, die Schweiz und der Brexit

In der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein bäugt man die Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens mit großem Interesse. Dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die eigenen und ständigen Verhandlungen mit Brüssel, in denen es nicht nur um Detailfragen des künftigen Zusammenlebens geht. Im Falle Großbritanniens bleibt abzuwarten, ob die Londoner Maximalwünsche (eigene Zuwanderungs- und Außenpolitik bei weiterhin fast uneingeschränkter Teilnahme am europäischen Binnenmarkt) durchzusetzen sind. Wohl zu Recht befürchtet man in Brüssel, mit einem zu starken Eingehen auf Londons Wünsche eine für Brüssel gefährliche Blaupause für andere, ebenfalls potentielle Ausstiegskandidaten herzustellen. Der Verhandlungsstand darf deshalb durchaus noch als „ergebnisoffen“ bezeichnet werden.

Parallel dazu laufen auch Verhandlungen zwischen London und der Schweiz bzw. den drei EWR-Staaten Liechtenstein, Island und Norwegen. Sie wären alle daran interessiert, im Falle des Brexit ihre Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich über das bisherige Maß hinaus deutlich auszubauen. Vor allem Liechtenstein könnte nach verbreiteter Beobachterauffassung dabei eine interessante Schlüsselstellung einnehmen. Denn von dort aus wäre es möglich, sowohl die Schweiz (über das bestehende Zoll- und Währungsabkommen) als auch die gesamte Europäische Union (dank eines entsprechenden EWR-Abkommens) abzudecken und zu bedienen. Das in dieser Hinsicht schon jetzt recht aktive liechtensteinische Außenministerium gab zur Darlegung des gegenwärtigen Sach- und Rechtsstandes eine Broschüre mit dem Titel „Inside Liechtenstein und der Brexit: Ausgangslage, strategische Ziele und Optionen“ heraus. Sie kann kostenlos unter „info.aaa@llv.li“ oder der Telefonnummer (0 04 23) 2 36 60 58 angefordert werden. (tb)

7 Österreichs Vorstoß zur EU-Einlagensicherung

Mit der Vorstellung ihres so genannten „Hybridmodells“ machte nun die österreichische Regierung einen neuen Anlauf zur Europäisierung der Sicherung von Bankeinlagen. Dabei sollen – in aller Kürze dargestellt – zunächst die nationalen Sicherungssysteme in Form von Fonds bis auf 0,4 % des jeweiligen Einlagenbestandes aufgebaut werden. Ist diese Zielgröße erreicht, sollen weitere Einzahlungen in einen europäischen Einlagensicherungsfonds erfolgen.

Bei einem Bankenzusammenbruch wäre dann zunächst der jeweilige nationale Sicherungsfonds gefragt. Reichen dessen Mittel nicht aus, könnte Hilfe vom europäischen Sicherungsfonds kommen und wäre dieser damit überfordert, sei an eine Kreditvergabe durch die nationalen Sicherungsfonds der anderen EU-Länder zu denken.

Obwohl über dieses „Hybridmodell“ bisher nur auf Beamtenebene gesprochen wurde (auf der Tagesordnung der kürzlichen Tagung der europäischen Finanzminister fand sich dazu kein Tagesordnungspunkt), stößt der Vorschlag in Deutschland bereits auf einige Kritik. Dazu der finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Florian Toncar: „Während die Bundesregierung stets beschwichtigt und abwiegelt, wird hinter den Kulissen mit Hochdruck an einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherung gearbeitet. Die Bundesregierung muß der Öffentlichkeit erklären, ob sie sich an diesen Arbeiten beteiligt und wie sie zu den aktuellen Vorschlägen Österreichs steht.“ (tb)

8 „Weltraumlage“

In einem internen und „Nur für den Dienstgebrauch“ klassifizierten Papier zum zukünftigen Fähigkeitsprofil der Bundeswehr soll die Armee bis zum Jahr 2023 auch über „Fähigkeiten zum Identifizieren von Objekten und der Überwachung des Weltraums“ verfügen. Die Bundeswehr soll dann dazu befähigt sein, zusätzlich zu ihren Lageberichten über die verschiedenen Regionen dieser Erde auch eine „Weltraumlage“ zu erstellen. Dafür würden in einem ersten Schritt zusätzliche Radarsysteme benötigt, mit denen z.B. im Orbit fliegende Satelliten ausgemacht und verfolgt werden können. (tb)

9 „Die Gesetze sind für die Deutschen, wir haben unsere eigenen“

Der frühere Bürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), erinnerte sich kürzlich: „Ich war einmal auf einer Tagung über Organisierte Kriminalität in Deutschland. Da sagte ein Oberstaatsanwalt ins Mikrofon: ‚Meine Damen und Herren, sicherlich fällt Ihnen das eine oder andere Gerichtsurteil auf, das Sie nicht verstehen. Ich kann Ihnen dazu die Erklärung geben: auch Richter haben Angst um ihre Familie.‘ Wir haben heute viele, viele Familien im Land, bis zu tausend Personen stark, die Ihnen cool ins Gesicht sagen: ‚Die Gesetze sind für die Deutschen, wir haben unsere eigenen.‘ Geht einer nach sechsmal Bewährung tatsächlich einmal hinter Gitter, wird er bald Freigänger und morgens an der Gefängnisporte mit dem Lamborghini abgeholt und abends mit einem anderen Luxuswagen zurückgebracht.“ (tb)

10 Zur deutschen Zeitungslandschaft

Analysiert man die grundsätzlichen „Verbindungslinien“ zwischen den Große-Koalitions-Parteien CDU/CSU und SPD zu den großen deutschen Verlagshäusern, so kann man recht schnell eindeutige Zusammenhänge – und eine entsprechende Berichterstattung – erkennen.

An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang Verlagserbin Friede Springer zu nennen, die Mehrheitsaktionärin des gleichnamigen Verlagshauses mit den Zeitungen „Bild“ und „Welt“ ist. Sie ist seit vielen Jahren eine enge Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Kanzler-Gatte Joachim Sauer gehört darüber hinaus dem siebenköpfigen Kuratorium der „Friede Springer-Stiftung“ an.

Gleich danach muß mit Liz Mohn eine weitere Frau aus der Medien-Branche genannt werden, wenn es um die Namen der Kanzlerin-Vertrauten geht. Zusammen mit ihrer Familie besitzt Mohn maßgebliche Anteile am Gütersloher Medienkonzern Bertelsmann, zu dessen Firmenimperium u.a. der Fernsehsender RTL und das Verlagshaus Gruner+Jahr zählen. Liz Mohn kann darüber hinaus auf die Arbeit der in Deutschland viel beachteten Bertelsmann-Stiftung Einfluß nehmen. Diese Stiftung gibt mit ihren zahlreichen Studien zwar nur vor, Politik und Gesellschaft zu beraten, kritische Stimmen sprechen dabei aber eher von „Vorgaben“, die die Bertelsmann-Stiftung publiziert. Die Katze aus dem Sack ließ bereits im Jahr 2009 der damalige Vize-Regierungssprecher Thomas Steg (SPD), als er Angela Merkel eine „sehr enge, vertrauensvolle Beziehung zur Familie Mohn“ attestierte. Als er in einem späteren Interview Merkel als „Medienkanzlerin“ titulierte, wollte Steg dies auf ihren allgemeinen Umgang mit Medien und Journalisten bezogen wissen. Nicht nur notorische Merkel-Kritiker dachten dabei aber sogleich an deren „vertrauensvolle“ Verbindungen zu Springer und Mohn . . .

Keine erkennbare Freundschaft mit der Kanzlerin pflegt dagegen Verlagschefin Yvonne Bauer. Der gleichnamige Verlag trotz mit seinen Boulevardblättern der gegenwärtigen Auflagenkrise, was der Eigentümerfamilie auch ohne explizite Freundschaft mit der Kanzlerin zunehmende Einflußmöglichkeiten beschert. Zu den einflußreichen Verleger-Familien zählt auch die des konservativen Herbert Burda („Focus“), während beim linkslastigen Konkurrenzblatt „Spiegel“ die vom Gründer-Verleger Rudolf Augstein eingeführte Mitarbeiter-Beteiligung keinerlei „familiäre“ Führung mehr zuläßt. Diese ist dagegen noch beim Holtzbrinck-Verlag („Handelsblatt“ und „Wirtschaftswoche“) mit den Haupteigentümern Stefan von Holtzbrinck und Monika Schoeller erkennbar.

Die SPD kann dagegen die Früchte ihrer seit Jahrzehnten konsequent ausgebauten Medienbeteiligungen ernten. Zu ihren in der „Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft“ (DDVG) gebündelten Medienbeteiligungen zählen zahlreiche Tageszeitungen und zunehmend auch Unternehmen im Bereich „neue Medien“. Ganz oder teilweise ist die DDVG z.B. an den folgenden Zeitungstiteln beteiligt: Cuxhavener Nachrichten, Niederelbe-Zeitung, Vorwärts, Blick nach Rechts, Neue Westfälische, Öko-Test, Nordbayrischer Kurier, Sächsische Zeitung, Morgenpost Sachsen, Frankenpost, Freies Wort, Südthüringer Zeitung, Neue Presse Coburg, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Neue Presse Hannover, Göttinger Tageblatt, Peiner Allgemeine Zeitung, Märkische Allgemeine Zeitung, Leipziger Volkszeitung und Dresdner Neueste Nachrichten. Im Rundfunkbereich kommen noch Radio FFN, Hit-Radio Antenne und der Rheinland-Pfälzische Rundfunk dazu. (tb)

11 Bundestagsfraktionen: Höhere Zuschüsse trotz Millionen-Rücklagen

In ihren für das Bundestagspräsidium angefertigten Abrechnungen 2017 weisen die Fraktionen von Union, SPD, Grünen, Linkspartei, FDP und AfD insgesamt Rücklagen in einer Höhe von mehr als 45 Mio. € aus. Über das größte Finanzpolster kann demnach die Unionsfraktion verfügen (22,9 Mio. €), gefolgt von der SPD (8,6 Mio.), Grünen und Linkspartei mit jeweils 5,1 Mio., der AfD (2,6 Mio.) und der FDP mit 1,7 Mio. €.

Diesen hohen Rücklagen zum Trotz genehmigten die Bundestagsabgeordneten erst im Juli dieses Jahres die jährlichen Fraktionszuschüsse von bis dahin zusammen rund 88 Mio. € auf über 115 Mio. € zu erhöhen. (tb)

12 „Ich würde sogar von einer Diktatur der politischen Korrektheit sprechen“

Der Psychoanalytiker und Buchautor Hans-Joachim Maaz ist in Sachsen aufgewachsen und hat einige Bücher über Mitteleuropa geschrieben. Zum aktuellen Umgang mit Deutschlands eher konservativen Kräften hat er eine eigene Meinung:

„Nach dem Grundgesetz haben wir Meinungsfreiheit, aber sie wird offensichtlich immer mehr eingeschränkt. Stimmen, die sich kritisch zur Regierungspolitik äußern, in erster Linie natürlich zum Thema Migration, aber auch zur Europapolitik oder der Politik gegenüber Russland, werden ja schon länger diffamiert und in eine rechte oder populistische Ecke gedrängt. Für eine Gesellschaft ist das ein ernstes Zeichen, daß die Meinungsfreiheit immer mehr eingeengt wird. Ich würde sogar von einer Diktatur der politischen Korrektheit sprechen. . . . Ich finde es eine Gefährdung der Demokratie zu sagen: ‚Mit denen reden wir nicht, das sind die Bösen.‘ Damit ist Pegida gemeint, die AfD und eben auch alle Kritiker. Und wenn doch einmal jemand sagt ‚wir müssen mit denen reden‘, dann ist immer gemeint: ‚Wir müssen die überzeugen, daß sie falsch liegen, daß sie unsere Meinung übernehmen.‘ Das ist kein demokratischer Disput. Dazu würde gehören, daß beide Seiten es nicht ausschließen, daß möglicherweise auch der Andere Recht hat und die eigene Meinung falsch ist. Davon sind wir weit entfernt. So gibt es jetzt eine Spaltung: Wir sind die Guten und die Anderen sind die Bösen. So eine Spaltung in der Gesellschaft ist für mich wiederum ein Zeichen dafür, daß dem eine tiefere Problematik, eine Gesellschaftskrise zugrunde liegt, weil die Schere immer größer wird.“ (tb)

13 Brexit sorgt für Haftungsrisiken

Sollte der EU-Austritt Großbritanniens (Brexit) vollzogen werden, würde sich für etwa acht- bis zehntausend Unternehmen, die ihren Verwaltungssitz zwar in Deutschland haben, aber in die Rechtsform einer Gesellschaft britischen Rechts gekleidet sind, dringender Handlungsbedarf ergeben. Weil mit dem Brexit die von diesen Gesellschaften in Anspruch genommene Niederlassungsfreiheit in der Europäischen Union enden würde, könnte es nach bisherigem deutschem Recht – stark verkürzt dargestellt – im Ernstfall auch bei einer haftungsbeschränkten Gesellschaft britischen Rechts in Deutschland zu einer persönlichen und unbeschränkten Haftung der Gesellschafter und/oder gegebenenfalls „problematischen“ steuerlichen Folgen kommen.

Im Bundesjustizministerium hat man den Ernst der Lage inzwischen erkannt. Lösung soll eine Anpassung des deutschen Umwandlungsgesetzes sein, mit der den betroffenen Gesellschaften die Möglichkeit eröffnet werden soll, in einem auch steuerlich anzuerkennenden Verschmelzungsverfahren wieder in eine inländische Gesellschaftsform mit ebenfalls beschränkter Haftung zu wechseln. Als „tückisch“ könnte sich dabei jedoch immer noch die Tatsache erweisen, daß die betroffenen Gesellschafter/Unternehmer von sich aus tätig werden müssen. Wer dies unterläßt, läuft Gefahr, automatisch in einer „Auf-fangrechtsform“ mit hohen Haftungsrisiken zu landen. Eventuell betroffenen Leserinnen und Lesern sei eine umgehende Kontaktaufnahme mit dem rechtlichen und/oder steuerlichen Berater empfohlen. (tb)

14 „Reich wie ein Argentinier“

Vor rund hundert Jahren galt Argentinien als eines der reichsten Länder der Welt und es ernährte auch Teile des europäischen Kontinents mit seinen Fleisch- und Weizenlieferungen. Das Luxuskaufhaus „Harrods“ eröffnete seine erste Filiale in Übersee in Buenos Aires, wo auch die erste U-Bahn Südamerikas fuhr und Caruso etliche seiner hochbezahlten Konzerte abhielt. „Reich wie ein Argentinier“ war in Europa ein geflügeltes Wort und Millionen begaben sich auf den beschwerlichen Seeweg dorthin in der Hoffnung auf ihr persönliches Glück.

Doch in den letzten Jahrzehnten war Argentinien Geschichte nur noch von einem beispiellosen ökonomischen Niedergang gekennzeichnet. Acht Zahlungskrisen in nur fünf Jahrzehnten und 26 – stets geplante – Hilfs- und Zahlungsabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zeichnen ein eindeutiges Bild der Lage. Und die nächste akute Krise steht vor der Tür, wie ein drastischer Verfall des Außenwertes der Landeswährung Peso und ein inzwischen auf 60 % (!) angeschwollener Leitzins belegen. Ein neuer Staatsbankrott ist nicht auszuschließen. (tb)

15 Feuchter „Vorratsraum“ muß kein Mangel sein

Wird in einem Kaufvertrag für eine rund 50 Jahre alte Immobilie in einem als „Vorratskeller“ bezeichneten Kellerraum Feuchtigkeit festgestellt, ist dies kein Mangel. In einem so vom Oberlandesgericht Schleswig festgestellten Fall (Urt. v. 14.12.2017, Az. 11 U 44/17) ging es um ein Einfamilienhaus aus den 1960er Jahren, dessen Kelleraußenwände durchfeuchtet waren, so daß es im sogenannten „Vorratsraum“ zu Salzausblühungen kam und teilweise der Putz abplatzte. Weil in diesem Raum feuchtigkeitsunempfindliche Vorräte problemlos gelagert werden können, sah das Gericht dessen Nutzung in der im Kaufvertrag beschriebenen Art und Weise („Vorratsraum“) gleichwohl als möglich an. Und weil bei einem Gebäude dieses Alters ohnehin nicht davon ausgegangen werden dürfe, daß der Keller vollständig trocken sei, sah das Gericht in dem etwas feuchten „Vorratsraum“ keinen Mangel. (tb)

16 Für Sie aufgelesen:

„Der Kunsthändler preist ein Bild an: ‚Ein besonders schönes Stück, mein Herr, ein alter Holländer.‘ – ‚Tatsächlich? Ich hätte es für ein junges Mädchen gehalten . . .‘“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27322 Eyrstrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.